

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

## Bremer Impulse für das Bundestagswahlprogramm 2009

### Inhaltsübersicht:

Finanzmärkte regulieren .....	Seite 2
Politik für Beschäftigung und gute Arbeit .....	Seite 5
Gleichstellung .....	Seite 8
Vorsorgender Sozialstaat – Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation für alle! .....	Seite 9
Kinder- und Bildungsarmut bekämpfen! .....	Seite 10
Altersarmut verhindern – Alterssicherung solidarisch finanzieren und Lücken schließen .....	Seite 14
Für einen fairen Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und Sozialem – moderne Energiepolitik .....	Seite 17
Umweltfreundliche Mobilität und leistungsfähige Infrastruktur als Garant für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung .....	Seite 21
Wissenschaft und Forschung .....	Seite 24
Föderalismus .....	Seite 26
Eine friedliche und gerechte Welt .....	Seite 26

## 1 **Finanzmärkte regulieren**

2

3 Zentralbanken und Regierungen stabilisieren derzeit das Bankensystem mit  
4 Bürgschaften und direkten Einlagen in Milliardenhöhe, um die Krise auf den  
5 Finanzmärkten einzudämmen. Und gerade diejenigen, denen der Staat in  
6 der Vergangenheit nicht schwach genug sein konnte, rufen jetzt am lautesten  
7 nach seiner Hilfe. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland  
8 müssen nun für aus Profitgier resultierende riskante Anlagestrategien  
9 privater Einrichtungen haften. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
10 ist dies eine schreiende Ungerechtigkeit.

11

12 Wir wissen aber auch: Aus volkswirtschaftlicher Sicht gibt es wohl keine  
13 Alternative zur Rettung existenziell angeschlagener Finanzinstitute. Die  
14 Gesamtwirtschaft befindet sich derzeit in der Geiselhaft der Finanzmärkte.  
15 Gerade deshalb brauchen wir aber klare Regelungen, die dafür sorgen, dass  
16 die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf längere Sicht eine Gegenleistung  
17 für ihren finanziellen Einsatz erhalten können: Wenn es aus volkswirtschaftlichen  
18 Gründen heute erforderlich ist, Verluste von Banken zu sozialisieren,  
19 dann muss sichergestellt sein, dass etwaige künftige Gewinne dieser  
20 Banken ebenfalls sozialisiert werden. Bürgschaften und anderen Garantien  
21 sind deshalb stets an ausreichende Sicherheiten und Gegenleistungen zu  
22 knüpfen. Es kann auch nicht Aufgabe des Staates sein, Arbeitsplätze und  
23 Einkommen gescheiterter Bankmanagerinnen und Bankmanager zu sichern.  
24 Die Vergütung der Vorstände und Geschäftsführungen geretteter  
25 Finanzinstitute ist deshalb auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Für  
26 Fehlspekulationen Verantwortliche sind zur Rechenschaft zu ziehen und  
27 erforderlichenfalls zu entlassen.

28

29 Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich, dass der Finanzmarkt und seine Akteure  
30 nicht in der Lage sind, Risiken selbständig zu beherrschen und daraus  
31 entstehende Probleme selbst zu lösen. Das Zeitalter des deregulierten  
32 Finanzkapitalismus geht zu Ende. Nach drei Jahrzehnten der Vorherrschaft  
33 neoliberaler Ideologien steht die demokratische Ordnung der Wirtschaft  
34 wieder auf der Tagesordnung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
35 werden uns dafür einsetzen, dass dies so bleibt und die notwendigen  
36 politischen Konsequenzen gezogen werden.

37

38 Der SPD-Landesparteitag unterstützt ausdrücklich die aktuellen Bemühungen  
39 des Bundesministers für Finanzen, die Ursachen der Finanzmarktkrise  
40 zu analysieren und Vorschläge für eine stärkere Regulierung des internationalen  
41 und europäischen Finanzsystems durchzusetzen.

42

43 Speziell fordern wir darum eine Stärkung des IWF als Kontrollinstitution, in  
44 der die Kernkompetenzen von IWF und Financial Stability Forum (FSF) zusammengeführt  
45 werden.

46

1 Eine höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute kann  
2 durch den Ausbau der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften so-  
3 wie durch eine Verstärkung der Eigenkapitalanforderungen (Mindesteigen-  
4 kapitalquoten) erzielt werden.

5  
6 Darüber hinaus sollten für Finanzinstitute strengere Bilanzierungspflichten  
7 durchgesetzt werden und zwar durch:

- 8
- 9 • die internationale Angleichung der Bilanzierungsregeln,
- 10 • die Einbeziehung von Zweckgesellschaften,
- 11 • die Offenlegung von Verbriefungspositionen,
- 12 • die Offenlegung und Begrenzung von Risiken strukturierter  
13 Produkte.
- 14

15 Ein Verbot von schädlichen Leerverkäufen auf internationaler Ebene sorgt  
16 für zusätzliche Stabilität.

17  
18 Wir streben außerdem eine Veränderung der Anreiz- und Vergütungssys-  
19 teme mit Hilfe einer Änderung des Aktiengesetzes (Präzisierung des Ange-  
20 messenheitsgebotes sowie Haftungsfolgen bei Missachtung) an und eine  
21 Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen und  
22 -abfindungen an.

23  
24 In der EU-Bankenrichtlinie muss künftig eine verbesserte nationale und  
25 supranationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden verankert werden.

26 Wir streben eine stärkere institutionelle Verzahnung zwischen Bundesbank  
27 und BaFin an. In die Prüfung der Finanzinstitute müssen die Auslandsaktivi-  
28 tätäten vollständig miteinbezogen werden.

29  
30 Durch die Fortentwicklung der Regeln für Ratingagenturen, der Schaffung  
31 strengerer Standards sowie den Aufbau einer europäischen Ratingagentur  
32 wollen wir neues Vertrauen schaffen.

33  
34 Unerlässlich ist zudem eine straffe Regulierung von Hedge-Fonds und Priva-  
35 te-Equity-Fonds durch:

- 36
- 37 • die Registrierung von Hedge-Fonds in einem EU-Land,
- 38 • die Pflicht zur Offenlegung der Vermögensstruktur und laufen-  
39 den Geschäfte,
- 40 • die Offenlegung der Eigentümerstruktur,
- 41 • die Beschränkung für Pensionsfonds und Versicherungen, in  
42 Hedge-Fonds zu investieren,
- 43 • eine verstärkte Aufklärungspflichten hinsichtlich der Risiken für  
44 Anleger,
- 45 • eine angemessene Besteuerung von Hedge-Fonds-Erträgen,
- 46 • keine Zulassung von Hedge-Fonds zum öffentlichen Markt,

- 1           • der Einführung einer Gewerbesteuerpflicht für Private-Equity-  
2           Gesellschaften  
3           • und die Einschränkung der übermäßigen Fremdkapitalfinanzie-  
4           rung.  
5

6 Eine Stärkung der Mitbestimmung im Unternehmen mit Hilfe stärkerer  
7 Sanktionen bei der Verletzung der Informationspflichten gegenüber Be-  
8 tribsräten ist ebenso notwendig wie die Bekämpfung von Steueroasen  
9 durch schärfere Verfolgung von Steuerhinterziehung, eine Erweiterung der  
10 Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen  
11 Personen sowie durch Stärkung der Kompetenzen der Ermittlungs- und  
12 Strafverfolgungsbehörden und schließlich durch eine Neuregelung der Ab-  
13 gabenordnung, in der eine stärkere Verzinsung von hinterzogenen Steuern  
14 erfolgen soll.  
15

16 Wir wollen die Sparkassen und Genossenschaftsbanken als stabilste Säule  
17 des deutschen Bankensystems erhalten und stärken.  
18

### 19 **Stärkung des Verbraucherschutzes in den Finanzmärkten**

20 Die Gier nach immer höheren Renditen hat nicht nur zu einer Gefährdung  
21 des gesamten Finanzsystems geführt. Sie ist auch die Ursache für eine Flut  
22 von undurchsichtigen, riskanten und überbewerteten Finanzprodukten sowie  
23 eine rein provisionsorientierte Beratung, durch die viele unerfahrene Sparer  
24 und Anleger geschädigt wurden.  
25

26 Unverzichtbar ist daher auch eine Verbesserung des Schutzes und der Bera-  
27 tung des Verbrauchers bei der Nutzung von Finanzprodukten. Der SPD-  
28 Landesparteitag unterstützt deshalb die Initiativen für  
29

- 30           • eine klare, wahre und verständliche Risikoauszeichnung von Fi-  
31           nanzprodukten,  
32           • die transparente Offenlegung aller Produktkosten und Vermitt-  
33           lungsprovisionen sowie  
34           • den Ausbau des Angebots an unabhängiger Finanzberatung.  
35

### 36 **Keine weitere Veräußerung von Bundesvermögen – für ein sofortiges Pri- 37 vatisierungsmoratorium!**

38 Die SPD-Landesorganisation Bremen spricht sich vor dem Hintergrund ver-  
39 breiteter Zweifel am Erfolg der bisher verfolgten Privatisierungsstrategie  
40 und angesichts der Notwendigkeit, das Verhältnis von privatem und öffent-  
41 lichem Sektor im Lichte der Finanzkrise neu zu bestimmen, gegen die weite-  
42 re Veräußerung von Bundesvermögen und für ein sofortiges Privatisie-  
43 rungsmoratorium aus. Das Privatisierungsmoratorium kann und sollte dazu  
44 genutzt werden, die in der Vergangenheit durchgeführten Privatisierungs-  
45 vorhaben systematisch und wissenschaftlich belastbar zu evaluieren, um  
46 eine verlässliche empirische Grundlage für künftige politische Weichenstel-  
47 lungen zu schaffen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47

## **Rettungsschirm für Beschäftigung**

Neben dem Rettungsschirm für die Banken muss der Rettungsschirm für Beschäftigung mit dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ konsequent umgesetzt werden. Dieser Rettungsschirm für Beschäftigung hat zum Ziel, dass die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft erhalten bleibt, kleine und mittlere Unternehmen gestärkt und damit Arbeitsplätze gesichert werden. Konkret soll sichergestellt werden, dass

- die Lohnnebenkosten stabil bleiben und mehr Netto vom Brutto bleibt,
- die Kaufkraft der Menschen durch die Kindergeld- und Wohngelderhöhung gestärkt wird,
- private Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber entlastet werden,
- der Steuerabzug von Krankenversicherungsbeiträgen ab 2010 deutlich erhöht wird,
- das Kurzarbeitergeld, befristet auf ein Jahr, auf 18 Monate verlängert wird,
- das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt und die Kreditversorgung der Wirtschaft und des Mittelstandes gesichert wird,
- das CO2-Gebäudesanierungsprogramm weiter aufgestockt wird,
- wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen weiter unterstützt werden,
- bessere Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter geschaffen werden, damit Unternehmen weiter investieren,
- die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge und
- generell Innovation und Energieeffizienz gefördert wird.

Alle Maßnahmen sind ihrer Wirkung zeitnah zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechend anzupassen oder durch weitere Maßnahmen zu ergänzen.

## **Politik für Beschäftigung und gute Arbeit**

Wir wollen die Lebensverhältnisse der Menschen jetzt und für die Zukunft verbessern. Arbeit an sich ist nur eine Seite der Medaille. Genauso wichtig wie das Ziel der Vollbeschäftigung ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bremen die Frage nach den Bedingungen der Arbeit. Der Kern unserer Politik heißt „Gute Arbeit“. „Gute Arbeit“ ist für uns eine Beschäftigung, die nicht nur dem Lebensunterhalt dient, sondern auch der sozialen Teilhabe und Selbstverwirklichung des Menschen. Soziale Sicherheit und der rechtliche Schutz der Arbeit müssen deshalb in besonderem Maß gewährleistet sein. Gerade junge Menschen brauchen Planungssicher-

1 heit und Perspektiven. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
2 orientieren uns am Leitbild der guten Arbeit.

3

#### 4 **Prekäre Beschäftigung zurückdrängen, Leiharbeit begrenzen**

5 Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt der letzten Jahre ist leider nur teil-  
6 weise auf einen Anstieg regulärer Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen.  
7 Jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor,  
8 5 Millionen sind in ausschließlich geringfügig beschäftigt, 1,3 Millionen  
9 Menschen sind neben ihrem Gehalt auf ergänzendes ALG II angewiesen.  
10 Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen wir zurückzudrängen!  
11 Dazu gehört neben einer Abschaffung der Mini- und Midi-Jobs die eine  
12 staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen darstellen, auch eine stär-  
13kere Regulierung der Leiharbeit. Wir fordern eine Wiedereinführung der  
14 Überlassungshöchstdauer, des Synchronisationsverbotes und des Wieder-  
15 einstellungsverbotes sowie eine Bezahlung der Leiharbeit nach dem Grund-  
16 satz gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dem von der Wirtschaft mehrfach ge-  
17 äußerten Wunsch, die Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsverhältnis-  
18 sen ohne sachlichen Grund auszubauen, erteilen wir eine Absage. Vielmehr  
19 muss das Teilzeit- und Befristungsgesetz dahingehend geändert werden,  
20 dass die derzeitig gegebenen Möglichkeiten der Befristung von Arbeitsver-  
21 hältnissen eingeschränkt werden.

22

#### 23 **Gerechte Bezahlung und Mindestlöhne**

24 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist in diesen Zeiten  
25 besonders wichtig, wer Vollzeit arbeitet muss auch davon leben können. Es  
26 kann und darf nicht sein, dass Vollzeitbeschäftigte auf staatliche Hilfen  
27 angewiesen sind. Mindestlöhne müssen für weitere Branchen durchgesetzt  
28 werden.

29

30 Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, ist die Einführung eines gesetzlichen,  
31 allgemeinen Mindestlohns von mindestens 7,50 € unerlässlich.

32

#### 33 **Mitbestimmung und Teilhabe**

34 Auch wer ohne Arbeit ist, muss angemessen leben können und die Möglich-  
35 keit haben am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir Sozialdemokratin-  
36 nen und Sozialdemokraten wollen erreichen, dass die Hartz-IV-Regelsätze  
37 insbesondere für Kinder (s. auch BGH Urteil vom 27.01.2009) erhöht und  
38 dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Klar muss für uns auch sein,  
39 dass es sich beim ALG II um eine Leistung zur Existenzsicherung handelt.  
40 Sanktionen, die es ermöglichen, Arbeitslosen diese Leistungen zu streichen,  
41 sind daher abzuschaffen. Darüber hinaus darf eine Vermittlung von Arbeits-  
42 losen nur in „Gute Arbeit“ erfolgen. Regelungen, die die sanktionsfreie Ab-  
43 lehnung von Arbeitsangeboten nur bei deren Sittenwidrigkeit erlauben,  
44 sind abzuschaffen. Anderenfalls wird die Ausweitung prekärer Beschäfti-  
45 gung forciert. Die Regelung der 1 €-Jobs ist dahingehend zu erweitern, dass  
46 analog des früheren § 19 BSHG auch Arbeitsgelegenheiten mit Arbeitsver-  
47 trägen geschaffen werden.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45

Beschneidung und Abschaffung von Arbeitnehmerrechten müssen gestoppt werden. Kündigungsschutz, Tarifautonomie, und Mitbestimmungsrechte dürfen nicht angetastet werden. Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte müssen ausgebaut, die Mitbestimmung auch insbesondere für prekär Beschäftigte verbessert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen langfristig erreichen, dass soziale Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen internationale Gültigkeit bekommt, ohne unsere weitergehenden Errungenschaften aufzugeben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auf ein gesundes Fundament gestellt werden.

### **Ausbildung sichern**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns verstärkt dafür einsetzen, den Mangel an Ausbildungsplätzen endlich mit einer Ausbildungsumlage und mit einem verbrieften Recht auf Ausbildung begegnet werden muss. Qualitative Aspekte der Ausbildung müssen zudem wieder mehr in den Blick genommen werden, ein reines Mehr an Ausbildungsplätzen reicht nicht aus.

### **Faire Praktika**

Die Regulierung von Praktika und eine gerechte Entlohnung gehört nach wie vor auf die politische Agenda, wenn wir Berufseinstiegsphasen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeit gestalten wollen. Um Missbrauch zu verhindern muss klar sein, dass Praktika in erster Linie der Ausbildung dienen.

### **Mehr soziale Gerechtigkeit, Sicherheiten für das Älterwerden schaffen**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für einen funktionsstüchtigen und demokratischen Sozialstaat, der soziale Risiken wie Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit dauerhaft und verlässlich absichert und in diesen Fällen den Erwerbsausfall ausgleicht. Nur wer die Sicherheit hat, im Bedarfsfall nicht ins Bodenlose zu stürzen, ist in der Lage, selbstbestimmt zu leben und zu arbeiten. Ein solcher Staat ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nicht nur auf die Solidarität innerhalb einer Gesellschaftsschicht aufbauen. Wir fordern daher die Umgestaltung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für die Einführung einer längst überfälligen Arbeitsversicherung, die Risiken für die Beschäftigten absichert und einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen leistet.

## 1 **Gewerkschaften**

2 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind mit den Gewerkschaften einig: Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss endlich umgesetzt werden. Wir werden die Anstrengungen der Gewerkschaften unterstützen und politisch flankieren.

6

7 Die Rolle der Gewerkschaften als Partner auf europäischer Ebene ist zu stärken. Dafür sind die europäischen Betriebsräte endlich mit echten Kompetenzen auszustatten. Ihre bisherigen Informations- und Anhörungsrechte reichen nicht aus um den Beschäftigten echten Einfluss zu garantieren. Als erste Maßnahme sind die Quoten für die Einrichtung von Eurobetriebsräten zu senken und ihr Wahlprozedere zu vereinfachen.

13

## 14 **Arbeitnehmerdatenschutz**

15 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen und dafür ein, dass ein längst überfälliges Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz in Kraft gesetzt wird. Wie die bekannten Beispiele bei der Deutschen Bahn, der Telekom, Lidl und bei anderen Unternehmen zeigen, reichen die bisherigen Schutzinstrumente nicht aus.

20

21

## 22 **Gleichstellung**

23

24 Die SPD hat für die Gleichstellung von Männern und Frauen in den vergangenen Jahren viel erreicht. Daher werden konsequent die Errungenschaften betont, um diese langfristig zu sichern und weitere wichtige Forderungen durchzusetzen.

28

29 Frauen und Männer sind auch heute noch allzu oft, z.B. im Erwerbsleben und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in ihren traditionellen Rollenverständnissen gefangen. Immer noch existieren strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, die es zu beseitigen gilt. Es geht nicht nur um eine rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern, sondern darum, die tradierten Rollenmuster, die unsere Gesellschaft lähmen und unserer Gesamtwirtschaft schaden, aufzubrechen.

36

37 Dabei stehen folgende Ziele im Fokus der Gleichstellungspolitik der SPD:

38

- 39     ▪ Ein Gleichstellungsgesetz, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Existenz sichernder und sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit, beruflichen Aufstieg in Führungsetagen der deutschen Wirtschaft und Aufsichtsratsgremien in Kapitalgesellschaften sowie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit sichert.
- 44     ▪ Die gleichen Bildungschancen für Mädchen und Frauen, auch z. B. in den Fächern Naturwissenschaften und Technik. Dafür sollen für entsprechende Berufe frühzeitig auch praxisnahe Angebote gemacht werden.

47



- 1       ▪ Verbesserung und Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten von
- 2       Geburt an für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 3       ▪ Flexibilisierung der Arbeitszeit
- 4       ▪ Gesetzliche Regelungen zur eigenständigen Existenzsicherung der
- 5       Frauen, z. B. Mindestlöhne.
- 6       ▪ Änderung der Rentengesetzgebung zur Vermeidung von Altersar-
- 7       mut, von der besonders Frauen bedroht sind. Daher Weiterentwick-
- 8       lung der Rentenversicherung zur *Erwerbstätigenversicherung*. Bis
- 9       dahin soll an der derzeitigen Hinterbliebenenversorgung festgehal-
- 10      ten werden.
- 11      ▪ Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der
- 12      gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenversorgung unab-
- 13      hängig vom Geburtsdatum der Kinder vor 1992 geboren (SGB VI, §§
- 14      56 und 249).
- 15      ▪ Unisextarife in der privaten und betrieblichen Altersvorsorge.
- 16      ▪ Existenzsicherung älterer Frauen bei Scheidung nach langjähriger
- 17      Ehe.
- 18      ▪ Nichtanrechnung von Kindergelderhöhungen auf die Grundsiche-
- 19      rung für Kinder, dazu deutliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder,
- 20      um z.B. für allein erziehende Frauen und ihren Kindern besondere
- 21      Härten zu vermeiden.

22  
23

## 24 **Vorsorgender Sozialstaat – Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation**

### 25 **für alle!**

26

27 Wir bekennen uns zu zentralen Aussagen des Hamburger Grundsatzpro-

28 gramms der SPD vom Oktober 2007 (vgl. Zi. 3.7., S. 55ff.):

29

30 „Die zentralen Ziele des vorsorgenden Sozialstaats sind Sicherheit, Teilhabe

31 und Emanzipation.

32

33 **Sicherheit** bedeutet den Schutz der Menschen vor existenzieller Not, vor

34 Ausbeutung, vor Diskriminierung, vor elementaren Lebensrisiken wie Ar-

35beitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Zugleich schafft Sicher-

36 heit überhaupt erst die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

37

38 **Teilhabe** aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und

39 politischen Entwicklung ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Zentral

40 dafür sind gute Bildung, Existenz sichernde Arbeit und Gesundheit, aber

41 auch gerechte Verteilung des Wohlstands. Die Qualität des Sozialstaates

42 bemisst sich nicht allein (nur) an der Höhe von Transferleistungen, sondern

43 an der Gewährleistung tatsächlicher Lebenschancen, die allen von Anfang

44 und immer aufs Neue offen stehen müssen.

45

1 **Emanzipation** setzt Sicherheit und Teilhabe voraus. Die Menschen wollen  
2 ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten. Niemand darf wegen  
3 seiner Herkunft benachteiligt sein.

4  
5 Vorsorgende Sozialpolitik will Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation für  
6 alle verwirklichen - unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Lebens-  
7 alter oder einer Behinderung.

8  
9 Mehr und bessere soziale Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche, Famili-  
10 en, Ältere und Behinderte sind der Schlüssel für eine Gesellschaft, die nie-  
11 manden ausschließt. In unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen,  
12 Krankenhäusern und Pflegestationen wollen wir dafür die Weichen stellen  
13 [...].

14  
15 Gerechtigkeit und Solidarität müssen für die Finanzierung unseres Sozial-  
16 staates gelten. Die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahl-  
17 ten Beiträge bilden auch in Zukunft die Grundlage unserer Sicherungssys-  
18 teme. Wir wollen sie ergänzen durch eine höhere und gesicherte Steuerfi-  
19 nanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Auch aus öko-  
20 nomischen Gründen muss die Finanzierung des Sozialstaats auf eine breitere  
21 Grundlage gestellt werden, um Erwerbsarbeit zu entlasten. Der vorsor-  
22 gende Sozialstaat muss deshalb stärker am Bürgerstatus und weniger am  
23 Erwerbsstatus ansetzen.“

## 24 25 26 **Kinder- und Bildungsarmut bekämpfen!**

### 27 28 **1. Soziale und politische Konsequenzen der Kinder- und Bildungsarmut**

29 Soziale Spaltung und soziale Ungleichheiten kennzeichnen weiterhin unse-  
30 rer Gesellschaft. Familien mit Kindern sind in besonderem Maße von Armut  
31 betroffen. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Kinder und Ju-  
32 gendliche. Bildungs- und Aufstiegschancen von jungen Menschen sind im-  
33 mer noch mit dem Einkommen der Eltern verknüpft. Diese Tendenz hat sich  
34 in den letzten Jahren sogar noch verstärkt.

35  
36 Kinder zu haben bedeutet insbesondere für Frauen ein erhöhtes Armutsrisi-  
37 ko. Ein Zustand, der unter keinen Umständen zu akzeptieren ist. Besonders  
38 erschreckend ist der Zusammenhang von Wohnort und Bildungsabschluss.  
39 Stadtteile in den Großstädten mit einem niedrigen Durchschnittseinkom-  
40 men weisen durchgehend auch einen vergleichbar niedrigen Anteil an hö-  
41 heren Bildungsabschlüssen auf. Kinderarmut bedeutet, dass ein zuneh-  
42 mender Anteil von Kindern nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben  
43 teilhaben kann. Ihre beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegschancen  
44 werden ihnen bereits im Kindesalter verbaut.

45  
46 Die Bekämpfung der Kinderarmut ist für uns ein elementarer Bestandteil  
47 von sozialer Gerechtigkeit. Kinder sind das Fundament und die Zukunft un-

1 serer Gesellschaft. Auch wenn die prekären Situationen, in denen viele Kin-  
2 der und Jugendliche leben, in letzter Zeit vermehrt thematisiert wurden, ist  
3 für uns klar: Den großen Worten müssen endlich die großen Taten folgen.  
4

5 Der Verweis auf knappe Kassen darf nicht die Chancen und die Teilhabe von  
6 Kindern und Jugendlichen verbauen. Sachzwangargumente sind hier fehl  
7 am Platz und im Übrigen aufgrund der „Folgekosten“, die die Vernachlässi-  
8 gung der Bekämpfung der Kinderarmut mit sich bringt, auch kurzfristig  
9 und falsch.

10

11 Kinderarmut ist kausal mit der Einkommenssituation der Eltern verbunden.  
12 Ausgangspunkt der Bekämpfung der Kinderarmut muss deswegen eine  
13 aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sein, nur so kann die Ar-  
14 mutsspirale nachhaltig durchbrochen werden.

15

16 Hierzu gehört eine aktive und gerechte Verteilungspolitik. Maßnahmen  
17 hierfür sind unter anderem die Einführung eines flächendeckenden Min-  
18 destlohnes, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine  
19 moderne Arbeitszeitpolitik, ein Recht auf Ausbildung sowie eine neue  
20 Lohnpolitik, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in  
21 den Mittelpunkt stellt. Weitere Maßnahmen für eine gerechte Verteilungs-  
22 politik sind die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Erhöhung des Spit-  
23 zensteuersatzes und der Erbschaftssteuer sowie eine gerechte Besteuerung  
24 von Kapitaleinkommen im Vergleich zu anderen Einkünften.

25

26 Umverteilung zugunsten von Familien für uns bedeutet jedoch nicht nur die  
27 Zahlung monetärer Leistungen wie das Kindergeld, sondern beinhaltet vor  
28 allem den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Nur so kann die volle Teilhabe  
29 am gesellschaftlichen Leben auch für benachteiligte Kinder gewährleistet  
30 werden. Eine Debatte um das Verhältnis von monetären Leistungen und  
31 sozialer Infrastruktur war längst überfällig. Das von der Union in die Diskus-  
32 sion gebrachte Betreuungsgeld als Leistung für alle Eltern, die ihre Kinder  
33 nicht in die Einrichtungen der Kinderbetreuung bringen, lehnen wir ab.

34

35 Zu einem kindgerechten Ausbau der sozialen Infrastruktur gehört für uns  
36 insbesondere ein Bildungssystem, welches integrativ wirkt, Chancengleich-  
37 heit sichert und alle Kinder erreicht. Die Politikansätze des Bundes, der Län-  
38 der und in den Kommunen müssen hier besser ineinander greifen und ne-  
39 beneinander wirken. Hierzu gehört eine von allen staatlichen Ebenen be-  
40 triebene Politik der Armutsvermeidung, die Familien, in bedrohten Lebens-  
41 lagen besonders unterstützt und speziell auf die Bedürfnisse der Kinder  
42 ausgerichtet ist.

43

1 Konkret heißt das:

2

## 3 **2. Verbesserung der Kinderbetreuung**

4 Wir brauchen dringend einen weiteren Ausbau der Infrastruktur im Bereich  
5 der Kinderbetreuung mit Unterstützung des Bundes. Damit einher muss  
6 auch eine Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung gehen,  
7 damit alle Kinder an einer ganztägigen Kinderbetreuung teilhaben können.

8

9 Die Kostenfreiheit der Betreuung muss nicht mehr langfristiges, sondern  
10 mittelfristiges Ziel sein. Kann die allgemeine Kostenfreiheit nicht sofort  
11 umgesetzt werden, sind zumindest einkommensschwache Eltern spürbar  
12 zu entlasten. Außerdem ist zu überprüfen, ob zunächst das erste Kindergar-  
13 tenjahr kostenfrei sein sollte, damit hier neue Anreize für einen längeren  
14 Kindergartenbesuch aller Kinder gesetzt werden. Wir brauchen darüber  
15 hinaus eine massive Ausweitung der frühkindlichen Bildung und von För-  
16 dermaßnahmen für benachteiligte Kinder, wie z. B. eine gezielte Sprachför-  
17 derung. Das Ziel der frühkindlichen Bildung muss unter anderem sein, allen  
18 Kindern beim Schuleintritt gleiche Chancen zu gewährleisten. Die Verände-  
19 rung der Kindertagesstätten von Betreuungseinrichtungen zu Bildungsein-  
20 richtungen erfordert eine angemessene Ausstattung mit entsprechend qua-  
21 lifiziertem Personal. Die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung muss da-  
22 hingehend überarbeitet werden, dass sie diesen neuen Anforderungen ent-  
23 spricht.

24

25 Auch die Gesundheitsvorsorge beginnt bereits im Kindergarten. Dies bein-  
26 haltet ein qualitativ hochwertiges Mittagessen sowie die Möglichkeit des  
27 Frühstücks. Vorsorgeuntersuchungen müssen im Kindergarten stattfinden  
28 können. Bereits die Kindergärten müssen den Kindern ein Gefühl für gesun-  
29 de Ernährung geben. Freizeit- und Sportaktivitäten müssen fester Bestand-  
30 teil des Kindergarten tags sein.

31

32 Die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen muss ver-  
33 bessert werden. Im Kindergarten gewonnene Kenntnisse über den Entwick-  
34 lungsstand und –potentiale der Kinder dürfen nicht verloren gehen. Auf sie  
35 muss in der Grundschule konsequent aufgebaut werden. Hierfür sind die  
36 rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen. Außerdem muss an im Kindergarten  
37 erworbenes Wissen in der Grundschule nahtlos angeknüpft werden, um  
38 den Kindern einen möglichst unkomplizierten Übergang zu ermöglichen.

39

## 40 **3. Fortschrittliche, integrative Bildungspolitik**

41 Die vorschulische Förderung muss in einer fortschrittlichen Bildungspolitik  
42 fortgeführt werden. Der Kern dieser Bildungspolitik ist ein integratives Bil-  
43 dungssystem. Unser Ziel ist die Einführung einer gemeinsamen Schule, in  
44 der alle Bildungsabschlüsse erreicht werden können.

45

46 Unser Schulmodell organisiert sich in Ganztagschulen. Deshalb treten wir  
47 dafür ein, dass durch Programme des Bundes der Ausbau von Ganztags-

1 schulen in Ländern massiv gefördert wird. Dazu gehört auch, dass an den  
2 Schulen in einem ausreichenden Maße qualifizierte Fachkräfte eingesetzt  
3 werden und allen Schülerinnen und Schülern ein gutes Mittagessen ange-  
4 boten wird.

#### 6 **4. Ausbau des Bundes-Programms „Soziale Stadt“**

7 Nicht nur Bildungs- und Betreuungseinrichtungen können einen wichtigen  
8 Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut beisteuern. Dringend notwendig  
9 für eine aktive, soziale Stadt(teil)politik ist ein aktives Quartiersmanage-  
10 ment, welches Beteiligungs- und Hilfemöglichkeiten vor Ort organisiert.  
11 Auch für Eltern müssen dort Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten  
12 geschaffen werden. In Kooperation mit Schulen, Kindergärten und andern  
13 Einrichtungen vor Ort muss es zu einem Austausch kommen. Ein aktives  
14 Quartiermanagement muss die interkulturellen Besonderheiten vor Ort  
15 berücksichtigen und positiv nutzen. Die finanzielle Ausstattung des Bun-  
16 desprogramms „Soziale Stadt muss entsprechend verbessert, die Förderku-  
17 lisse entsprechend erweitert werden.

#### 19 **5. Öffentliche Infrastruktur in staatlicher Verantwortung**

20 Die öffentliche Infrastruktur muss mit Hilfe des Bundes erhalten und aus-  
21 gebaut werden, Quartiere müssen sich an ihrer Familienfreundlichkeit mes-  
22 sen lassen. Junge Menschen brauchen Rückzugsmöglichkeiten und Räume  
23 vor Ort.

24  
25 Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge muss ebenfalls im Zentrum  
26 der Politik von Staat und Kommunen stehen. Die Privatisierungswellen der  
27 letzten Jahre haben gezeigt, dass es Aufgaben gibt, die Privatunternehmen,  
28 die lediglich Profitinteressen haben, nicht leisten können. Insbesondere  
29 Wohnungsbau, Nahverkehr, Kultur und Sport sowie Bildung, Kinderbetreu-  
30 ung und Gesundheit müssen Aufgaben des Staates sein und von ihm sozial  
31 gestaltet werden.

#### 33 **6. Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben**

34 Wir brauchen Bildungseinrichtungen, von den Kindertagesstätten bis zu  
35 den Universitäten, die jungen Menschen ein möglichst hohes Maß an kultu-  
36 reller und politischer Teilhabe ermöglicht. Kulturelle Bildung und Partizipa-  
37 tion bedeutet auch immer einen Schlüssel zur sozialen Teilhabe. An den  
38 Entscheidungsprozessen sollen die betroffenen Kinder und deren Eltern  
39 beteiligt werden. Dies stärkt ihre Selbständigkeit und fördert ihre Gestal-  
40 tungsmöglichkeiten. Kultureinrichtungen müssen eng mit Kindergärten  
41 und Schulen kooperieren, so dass der Zugang zu kulturellen Ereignissen für  
42 Kinder und Jugendliche kostengünstig bzw. kostenlos gewährleistet werden  
43 kann.

#### 45 **7. Menschwürdige und kindgerechte Existenzsicherung**

46 Neben den verschiedenen Dienstleistungsangeboten muss die finanzielle  
47 Situation von Kindern NACHHALTIG verbessert werden. Die Regel- und Be-

1    darfssätze für Kinder sind unter Berücksichtigung ihrer altersspezifischen  
2    Bedürfnisse auf der Grundlage einer eigenständigen Untersuchung des Be-  
3    darfs zu ermitteln und über die durch das Konjunkturpaket II bereits vorge-  
4    sehenen Erhöhungen hinaus anzuheben. Die gesetzliche Regelung des Kin-  
5    dergeldes ist zu verändern, damit dieses auch den Beziehern staatlicher  
6    Sozialleistungen ohne Anrechnung auf den sonstigen Leistungsanspruch zu  
7    gute kommt.

8  
9    Die Regel- und Bedarfssätze für Erwachsene sind unter Berücksichtigung  
10   der allgemeinen Einkommensentwicklung zu überprüfen und anzupassen.  
11   Eine menschenwürdige Existenzsicherung bedeutet nicht nur, dass die Kos-  
12   ten für Essen, Wohnen, Kleidung etc. übernommen werden, sondern dass  
13   auch ein soziokulturelles Existenzminimum durch die gewährten Sozialleis-  
14   tungen gesichert wird.

## 16   **8. Kinderpolitik als Querschnittsaufgabe**

17   Staatliches Handeln muss immer auch die Belange von Kindern und Jugend-  
18   lichen im Blick haben und ist so zu gestalten, dass diese nicht beeinträchtigt  
19   werden. Wir fordern daher, dass ähnlich dem Gender Mainstreaming Kin-  
20   der- und Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe wird.

## 22   **9. Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortsetzen**

23   Mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat die Bundesregierung  
24   eine wichtige Grundlage dafür geliefert, dass in der Politik, den Wissen-  
25   schaften und den Medien über die Verbreitung von Armut und sozialer Un-  
26   gleichheit und ihre mögliche politische Bekämpfung eine breite Debatte  
27   geführt wird. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Armuts- und  
28   Reichtumsberichterstattung unbedingt fortzuführen.

## 31   **Altersarmut verhindern – Alterssicherung solidarisch finanzieren 32   und Lücken schließen**

### 34   **1. Streichung des 2008 und 2009 ausgesetzten Riesterfaktors sowie des 35   Nachhaltigkeits- und des Nachholfaktors.**

36   Das System der Alterssicherung in Deutschland steht vor großen Heraus-  
37   forderungen. Die Gründe dafür sind nicht allein demografischer Natur, wie  
38   interessierte Kräfte weismachen möchten. Es sind vor allem die Struktur-  
39   veränderungen am Arbeitsmarkt, die das Ziel der Lebensstandardsicherung  
40   im Alter bedrohen und das Risiko von Altersarmut wieder steigen lassen.  
41   Diese Herausforderungen lassen sich mit Leistungsabsenkungen bei der  
42   gesetzlichen Rente und einer verstärkten Förderung der betrieblichen und  
43   privaten Altersvorsorge nicht meistern. Notwendig ist eine Kurskorrektur  
44   hin zu einer Politik, die die Ziele der Alterssicherung wieder vorrangig über  
45   das bewährte System der gesetzlichen Rentenversicherung verfolgt. Ein  
46   erster Schritt dazu sind die Streichung des in 2008 und 2009 ausgesetzten  
47   Riesterfaktors sowie des Nachhaltigkeits- und des Nachholfaktors. Perspek-

1 tivisch muss das Rentenniveau wieder einer Lebensniveausicherung ent-  
2 sprechen.

### 4 **2. Der Kreis der Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversiche- 5 rung ist auszudehnen.**

6 Die wachsende Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse und vor allem  
7 die Zunahme von Solo- und Scheinselbstständigen führen dazu, dass immer  
8 mehr Erwerbstätige privat für das Alter vorsorgen müssen – ohne dass dies  
9 aber in ausreichendem Maße geschieht. Der Kreis der Pflichtversicherten in  
10 der gesetzlichen Rentenversicherung ist deshalb auf diejenigen Erwerbstä-  
11 tigen auszudehnen, die bislang keinem obligatorischen Alterssicherungs-  
12 system angehören und die ein besonderes Schutzbedürfnis aufweisen. Ein  
13 weiterer Ausbau hin zu einer gesetzlichen Regelversicherung für alle Er-  
14 werbstätigen ist zu prüfen. Dabei ist eine Angleichung der Alterssicherungs-  
15 dynamik von abhängig Beschäftigten wie Beamten einerseits und Arbeitern  
16 und Angestellten andererseits zu überprüfen.

### 18 **3. Die Rentenzahlungen für Langzeitarbeitslose müssen aufgestockt wer- 19 den.**

20 Längere Phasen der Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnis-  
21 se können dazu führen, dass trotz langjähriger Versicherungszeiten und  
22 trotz aller individuellen Anstrengungen nur Rentenansprüche unterhalb der  
23 Grundsicherung im Alter aufgebaut werden können. Für solche Versicherte  
24 bedarf es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Ermutigung mehr  
25 Schutz. Maßnahmen dazu sind eine höhere Absicherung bei Arbeitslosigkeit  
26 sowie – bei Versicherungszeiten von mehr als 25 Jahren – eine Rente nach  
27 Mindesteinkommen.

### 29 **4. Die Erwerbsminderungsrenten müssen ausgebaut werden.**

30 Bei der Erwerbsminderungsrente müssen die Rentenabschläge von 10,8  
31 Prozent entfallen und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert  
32 werden.

### 34 **5. Die betriebliche und private Altersvorsorge sind zu reformieren. Es 35 muss mehr in den Taschen der Arbeitnehmer/-innen verbleiben.**

36 Beim Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zählt bislang  
37 vorrangig die Zahl der abgeschlossenen Verträge. Das Mindestalter, um  
38 Betriebsrentenansprüche erwerben zu können, ist auf 23 Jahre zu senken.  
39 Die Unverfallbarkeitsfrist ist auf 2 Jahre zu verkürzen. Künftig ist dafür zu  
40 sorgen, dass die staatliche Förderung effektiver und effizienter gestaltet  
41 wird. Notwendig sind dafür vor allem Kostengrenzen für geförderte Produk-  
42 te. Die staatliche Förderung darf nicht durch überzogene Gewinnansprüche  
43 der Anbieter und ihrer Vertriebe konterkariert werden. Zudem dürfen Versi-  
44 cherer keine Gewinne daraus ziehen, dass sie mit überzogenen Lebenser-  
45 wartungen kalkulieren. In der betrieblichen Altersvorsorge ist überdies zu  
46 gewährleisten, dass die Ersparnisse der Arbeitgeber bei den Sozialbeiträgen

1 nicht von diesen vereinnahmt, sondern in vollem Umfang zur Stärkung der  
2 Betriebsrenten eingesetzt werden.

3  
4 Durch gesetzliche Regelung ist weiterhin sicherzustellen, dass Renten aus  
5 betrieblich abgeschlossenen Verträgen nur dann der Beitragspflicht zur  
6 gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung unterliegen, wenn der Ar-  
7 beitnehmer auch entsprechende Ersparnisse in der Arbeitsphase erzielt hat.  
8 Das ist derzeit oft nicht der Fall, weil das frühere Arbeitseinkommen ober-  
9 halb der Beitragsbemessungsgrenze lag oder solche Verträge privat fortge-  
10 führt wurden.

## 11 12 **6. Versicherungsfremde Leistungen müssen über den steuerfinanzierten** 13 **Bundeszuschuss abgedeckt und die paritätische Finanzierung der ge-** 14 **setzlichen Rentenversicherung wieder hergestellt werden.**

15 Die Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge lässt sich ohne  
16 Mehrkosten effektiver und effizienter gestalten. Aber auch die angestreb-  
17 ten Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind finanzierbar.  
18 Notwendig ist dazu zum einen das Abschmelzen des Kostenblocks, den die  
19 versicherungsfremden Leistungen in der Sozialversicherung verursachen.  
20 Diese politisch gewollten Leistungen sind durch entsprechende Erhöhungen  
21 der Bundeszuschüsse zu finanzieren. Zum anderen bedarf es der Rückkehr  
22 zu einer wirklichen paritätischen Finanzierung der Alterssicherung und da-  
23 mit einer wieder stärkeren Beteiligung der Arbeitgeber an dieser zentralen  
24 gesellschaftspolitischen Aufgabenstellung.

25  
26 Es ist zu prüfen, inwieweit das Steuersystem geändert werden kann, um im  
27 Alter die Steuerlast zu reduzieren.

## 28 29 **7. Einführung einer Arbeitsversicherung**

30 Voraussetzung für eine gute Altersvorsorge sind eine gute Schul- bzw. Be-  
31 rufsausbildung, gezielt eingesetzte Ausgaben für Forschung und Wissen-  
32 schaft sowie lebenslanges Lernen. Für die Finanzierung des lebenslangen  
33 Lernens ist eine Arbeitsversicherung einzuführen und für (hoch-) schulische  
34 Ausbildungszeiten ist eine Wiedereinführung einer Bewertung in der ge-  
35 setzlichen Rentenversicherung zu prüfen.

## 36 37 **8. An Stelle der allgemeinen Heraufsetzung der Regelaltersgrenze auf** 38 **das 67. Lebensjahr ab 2012 und der Heraufsetzung des Lebensalters bei** 39 **anderen Renten sollen die flexiblen Übergänge aus der Erwerbstätig-** 40 **keit Älterer in den Rentenbezug ausgebaut werden, um eine höhere** 41 **Erwerbsquote zu ermöglichen.**

42 Das geltende Rentenrecht sieht vor, dass die Altersgrenzen ab 2012 allmäh-  
43 lich angehoben werden. Bereits ab 2010 soll die Bundesregierung alle vier  
44 Jahre darüber berichten, wie sich die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer  
45 und deren wirtschaftliche Lage entwickelt und ob die Anhebung der Alters-  
46 grenzen weiterhin vertretbar erscheint. Von der allgemeinen Heraufsetzung  
47 des Rentenalters sollte jedoch wieder Abstand genommen werden, da die



1 damit verbundenen Ziele einer höheren Erwerbsquote Älterer und die Bei-  
2 tragsentlastung der Rentenversicherung auch auf anderem Wege erreicht  
3 werden können. Stattdessen sind die politischen Programme zur Beschäfti-  
4 gungsförderung älterer Arbeitnehmer fortzuentwickeln und ist der flexible  
5 Übergang in die Rente durch Altersteilzeit und Teilrente unter Mitwirkung  
6 der Tarifparteien zu erleichtern. Ferner sollen die Bedingungen für Ältere  
7 verbessert werden, die Erwerbstätigkeit *freiwillig* jenseits der Altersgrenze  
8 fortsetzen.

## 9 10 **9. Geschlechtergerechtigkeit**

11 Die Zukunft der sozialen Sicherung für Frauen heißt Eigenständigkeit. Ge-  
12 schlechtergerechtigkeit im Erwerbsleben ist für Frauen der wirksamste  
13 Weg, Altersmut zu vermeiden. Solange diese Ziele noch nicht verwirklicht  
14 sind, sind Frauen jedoch von besonderen Armutsrisiken im Alter bedroht.

15  
16 Aus der Sicht der SPD kommt es daher besonders darauf an, dass die in die-  
17 sem Antrag aufgezeigten Lücken in der Alterssicherung geschlossen werden  
18 und die Alterssicherung solidarisch finanziert wird. Für erwerbstätige Frau-  
19 en kann dieses in einer Arbeits- oder Erwerbstätigenversicherung erfolgen.

## 20 21 **10. Umsetzung**

22 Bei der Umsetzung dieser Punkte ist im Rahmen unseres gesamtverant-  
23 wortlichen Politikverständnisses die Finanzierbarkeit zu gewährleisten.

## 24 25 26 **Für einen fairen Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und Sozialem –** 27 **moderne Energiepolitik**

### 28 29 **I. Leitlinien sozialdemokratischer Energie- und Klimaschutzpolitik**

30  
31 Sozialdemokratische Politik orientiert sich am Leitbild einer solidarischen  
32 Gesellschaft. Das gilt auch für unsere Energiepolitik. Wir wollen einen fairen  
33 Interessenausgleich von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Die verfas-  
34 sungsrechtlichen Grundziele des Naturschutzes sind zu verwirklichen.

35  
36 Unsere Energiepolitik verbindet ökologische Verantwortung mit ökonomi-  
37 scher Vernunft. Wir wollen kein Gegeneinander von wirtschaftlichen Inte-  
38 ressen und Umweltschutz. Eine moderne sozialdemokratische Energiepoli-  
39 tik setzt auf die Energiewende als Chance für wirtschaftliche Entwicklung,  
40 Bekämpfung des Klimawandels und Schutz der Umwelt gleichermaßen. Wir  
41 denken Ökologie und Ökonomie zusammen und wollen Deutschland zu  
42 einem führenden Standort moderner, klimafreundlicher und zukunftsfähiger  
43 Energieerzeugung machen.

44  
45 Ein wichtiger Baustein einer verantwortungsvollen Energiepolitik ist und  
46 bleibt der Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser von der rot-grünen Bundes-  
47 regierung herbeigeführte Ausstieg ist ein Erfolg unserer Politik, für dessen

1 Bestand wir auch in der großen Koalition Sorge getragen haben. Bei den  
2 anstehenden Bundestagswahlen ist es eine wichtige Aufgabe für uns deut-  
3 lich zu machen: Es darf keinen Ausstieg aus dem Ausstieg, wie ihn die A-  
4 tomlobby und die Unionsparteien fordern, geben. Atomkraft ist keine saubere  
5 Energiequelle. Die Kernenergie ist nach wie vor eine extrem risikorei-  
6 che und nicht vollständig beherrschbare Technologie. Wie die Vorgänge bei  
7 der Asse in Niedersachsen zeigen gilt die insbesondere auch für den radio-  
8 aktiven Müll. Eine sichere Lösung für den Umgang mit Atommüll ist nicht in  
9 Sicht. Nur eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierungsverant-  
10 wortung im Bund sichert den Abschied von der Kernkraft, auch darum geht  
11 es am 27. September 2009.

12

13 Zwischen 1990 und 2005 sind die Emissionen aus fossilen Kraftwerken nur  
14 um 5% zurückgegangen. Grund: Der Strom wird hauptsächlich in veralteten,  
15 abgeschriebenen Kraftwerken erzeugt. Nur wenn man für den Bau neuer  
16 hocheffizienter Kraftwerke klare Rahmenbedingungen und Investitionssi-  
17 cherheit schafft, wird man die ehrgeizigen Emissionsminderungsziele errei-  
18 chen.

19

20 Neben dem Ausstieg aus der Kernenergie ist eine stärkere Unabhängigkeit  
21 vom Öl, die Steigerung der Energieeffizienz, das Energiesparen und der  
22 Ausbau der regenerativen Energien zentrale Aufgabe unserer Energiepolitik.  
23 Der Klimawandel ist Realität und der verantwortungsvolle Umgang mit den  
24 natürlichen Ressourcen, vor allem im Interesse zukünftiger Generationen  
25 verpflichtet uns, marktfähige CO<sub>2</sub>-arme und klimafreundliche Alternativen  
26 zu konventionellen Energieerzeugung zu entwickeln und zu stärken. Damit  
27 schützen wir nicht nur Klima und Umwelt, wir investieren auch in wirt-  
28 schaftliche Entwicklung und sichern und schaffen zukunftsfähige Arbeits-  
29 plätze.

30

31 Im Zeitalter des globalen Zusammenwachsens ist nachhaltiger Energiepoli-  
32 tik nicht allein eine nationale Frage. Ökologische Modernisierung ist auch  
33 eine Antwort um den Verteilungskampf um Ressourcen und die Grundlage  
34 für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung Weltweit. Darum set-  
35 zen wir uns auch auf internationaler Ebene für Klimaschutz durch nachhal-  
36 tige Energieerzeugung ein, auch unter dem Gesichtspunkt Entwicklungs-  
37 und Friedenspolitik.

38

39 Nicht zuletzt hat Energiepolitik aber auch eine soziale Dimension. Die Ver-  
40 sorgung mit Energie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir müssen  
41 gewährleisten, dass jedermann Zugang zu dieser Versorgung hat und ggf.  
42 unterstützt wird. Sowohl die alltäglichen Grundbedürfnisse wie auch die  
43 Teilhabe an Kommunikation und Information sind ohne eine ausreichende  
44 Versorgung mit Energie nicht gewährleistet.

45

1 Mit unsere Energiepolitik wollen wir deshalb sozial gerecht und ökologische  
2 verantwortlich Politik gestalten und dabei zugleich die Chancen der ökolo-  
3 gischen Modernisierung für Wirtschaft und Arbeit nutzen.  
4

## 5 **II. Anforderungen an die Bundespolitik**

6

### 7 **1. Klimaziele einhalten – CO<sub>2</sub>-Ausstoß mindern**

8 Unser Ziel ist die Reduktion der Treibhausgase in Deutschland um 40% bis  
9 2020. Dazu setzen wir auf Steigerung der Energieeffizienz, effizientere –  
10 auch konventionelle - Kraftwerke, Stärkung der Stromerzeugung durch er-  
11 neuerbaren Energien, Verstärkte Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung und  
12 energetische Sanierung.  
13

### 14 **2. Energieeffizienz steigern – nachhaltige Wirtschaftspolitik**

15 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen moderne Klima-  
16 schutzpolitik als intelligente und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Mit der  
17 Förderung moderner und umweltfreundlicher Technologien wollen wir die  
18 Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch erreichen. Ressour-  
19 censchonende und energieeffiziente Produktionsanlagen sind dabei nicht  
20 nur für eine klimafreundliche Produktion in Deutschland wichtig, sondern  
21 angesichts der global steigenden Nachfrage an Umwelttechnologien auch  
22 ein zukunftsfähiges Exportprodukt.  
23

### 24 **3. Öffentliche Kontrolle der Netze**

25 Der Staat hat bei der leitungsgebundenen Energie – wie Strom und Gas –  
26 eine besondere Verantwortung für die Verhinderung des Missbrauchs von  
27 Marktmacht. Daneben ist auch die Fernwärme im Blick zu behalten. Im Falle  
28 des Anschlusszwanges ist auch hier eine öffentliche Preiskontrolle geboten.  
29

30 Deshalb unterstützen wir die Initiative, die Leitungsnetze von den Energie-  
31 konzernen zu trennen und in eine nationale Netz-AG zu überführen, an der  
32 sich die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt. Bei der Umsetzung eines  
33 solchen Vorhabens sind die besonderen Interessen der lokalen Energieer-  
34 zeuger und kommunalen Stadtwerke zu berücksichtigen.  
35

36 Durch eine solche Maßnahme können die notwendigen Investitionen in die  
37 Leitungsnetze organisiert werden, die einerseits überhaupt Wettbewerb  
38 ermöglichen und andererseits insbesondere den erneuerbaren Energien  
39 Vorrang einräumen. Darüber hinaus stellen moderne Leitungsnetze einen  
40 wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit dar. Dabei ist allerdings si-  
41 cherzustellen, dass am Ende nicht allein der öffentlichen Hand die Kosten  
42 für die vernachlässigten Investitionen der Energiekonzerne zufallen. Diese  
43 Kosten müssen von denjenigen getragen werden, die in der Vergangenheit  
44 zugunsten höherer Profite auf notwendige Investitionen verzichtet haben.  
45

1 **4. Verbraucherrechte stärken**

2 Die Gaspreisbildung muss besser kontrolliert und transparenter werden.  
3 Preisvorteile vom Markt sind zeitnah an die Verbraucher weiterzugeben.  
4 Auf eine Aufhebung der Kopplung von Öl- und Gaspreis ist hinzuwirken.

5

6 In diesem Zusammenhang müssen auch die Rechte der Verbraucherinnen  
7 und Verbraucher gestärkt werden. Dazu gehören vor allem Informations-  
8 rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Verbraucher sollen in die  
9 Lage versetzt werden, die Preisbildung und das jeweilige Preis-  
10 Leistungsverhältnis zu bewerten. Dabei sollen auch Serviceangebote be-  
11 rücksichtigt werden wie kostenfreie Energieberatung, Förderprogramme,  
12 persönliche Erreichbarkeit in Kundencentern vor Ort, gute telefonische Er-  
13 reichbarkeit. Damit sie ihre Rechte wahrnehmen können, müssen auch die  
14 Verbraucherzentralen bundesweit in die Lage versetzt werden, die Verbrau-  
15 cherinnen und Verbraucher umfassend zu beraten und zu unterstützen.  
16 Auch der Vorschlag, die 16 Landesverbraucherzentralen, so genannte  
17 Marktwächter einzuführen, die den Markt beobachten und im Konfliktfall  
18 als Schlichtungsstellen dienen können ist zu prüfen.

19

20 Außerdem ist zu gewährleisten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher  
21 zeitnah über ihren Energieverbrauch informiert werden und entsprechend  
22 abgerechnet wird, um spätere Nachzahlungen in großem Umfang zu ver-  
23 meiden.

24

25 Wir wollen verstärkte Anreize fürs Energiesparen schaffen und den Ver-  
26 braucherinnen und Verbrauchern die notwendige Unterstützung dafür zu-  
27 kommen lassen. Für Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen ist  
28 eine kostenlose Energieberatung sicherzustellen.

29

30 **5. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern**

31 Energieversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Zugang zu  
32 Energie ist auch der Zugang zu Sicherheit, Lebensqualität und Teilhabe.  
33 Darum ist es Aufgabe des Staates sicherzustellen, dass niemand friert oder  
34 im Dunkel sitzt, weil er arm ist.

35

36 Die Grundversorgung mit Energie muss für jedermann, unabhängig vom  
37 sozialen Hintergrund, gewährleistet werden. Die Bundesregierung und die  
38 SPD-Bundestagsfraktion sollen prüfen, mit welchem Instrument dieses Ziel  
39 am sinnvollsten erreicht werden kann. In Betracht kommen dazu zum Bei-  
40 spiel Sozialtarife oder die Pflicht der Energieversorger einen kostenlosen  
41 Energiegrundbedarf zur Verfügung stellen zu müssen. Aber auch andere  
42 Überlegungen wie zum Beispiel die Unterstützung bei der Ersatzbeschaf-  
43 fung für alte energieintensive Elektrogeräte und Heizungsanlagen sind in  
44 die Prüfung einzubeziehen. Dabei muss eine Lösung gefunden werden, die  
45 nicht nur die Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen in den  
46 Blick nimmt, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit  
47 niedrigen Einkommen gerecht wird.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46

Dabei ist darauf zu achten, dass Wettbewerbsneutralität gewahrt wird. Verpflichtungen müssen alle gleichermaßen treffen, die bundesweiten Anbieter wie die lokalen Energieversorger. Versorger vor Ort dürfen nicht benachteiligt werden.

## **Umweltfreundliche Mobilität und leistungsfähige Infrastruktur als Garant für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung**

### **1. „Weg vom Öl“ – Strategie/Stärkung des Verkehrsträgers Schiene**

Deutschland muss unabhängig vom Öl werden. Mit einem E-Mobility-Programm und der Fortentwicklung der Kraftstofftechnologie kann das gelingen. Nur mit neuen Technologien sichern wir die Spitzenstellung der deutschen Fahrzeugindustrie auf den Weltmärkten und zugleich die Arbeitsplätze in Deutschland. Wir wollen die Marktvorbereitung von batterieelektrischen Antriebstechnologien im Individualverkehr und beim ÖPNV (Busse und Bahnen) energisch vorantreiben. Ebenso wollen wir mit den erfolgreich gestarteten Innovationsprogrammen die Wasserstoff- und Brennzellentechnologien zur Marktreife führen.

Die Eisenbahn ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus ökologischen (Umwelt und Klimaschutz), aus ökonomischen (steigende Energiepreise) und aus sozialen Gründen (Mobilität für alle und Sicherung der Arbeitsplätze) muss der Anteil der Deutschen Bahn (DB AG) am Personen- und Güterverkehr in den Ballungsräumen und in der Fläche deutlich erhöht werden. Deshalb muss die DB AG ein wichtiges bundeseigenes Instrument der Klima-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik Deutschlands bleiben. Die DB AG und ihre Töchterunternehmen müssen zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes verbleiben, um die politische Gestaltungsmöglichkeit und die demokratische Verantwortlichkeit des Staates vollumfänglich sicherstellen zu können.

Zur Attraktivitätssteigerung des Bahnverkehrs ist ein transparentes Preis- und Informationssystem notwendig, das auch die Verknüpfung mit der Benutzung anderer Verkehrsangebote berücksichtigt. Dazu gehören auch die Steigerung der Verlässlichkeit der Bahn und eine Stärkung der Rechte der Kundinnen und Kunden durch entsprechende Erstattungs- und Entschädigungsregelungen für Verspätungen und Zugausfälle.

Der Güterverkehrsanteil der Schiene muss weiter gesteigert werden. Dazu gehören auch mit anderen Verkehrsträgern kombinierte Transportangebote im grenzüberschreitenden wie auch im regionalen Güterverkehr.

Die Deutsche Bahn muss der Garant für Mobilität in allen Teilen Deutschlands bleiben. Ein gut ausgebautes Angebot in der Fläche und eine attrakti-

1 ve Anbindung aller Groß- und Mittelstädte an das Fernverkehrsnetz sind  
2 dafür notwendige Voraussetzungen.

## 3 4 **2. Stärkung des ÖPNV**

5 Der öffentliche Personennahverkehr muss deutlich attraktiver werden. Er  
6 muss sich noch stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir  
7 wollen die bundesweite Einführung des E-Ticketings durchsetzen. Das Ziel  
8 ist es, bequem mit einem einzigen Ticket von Haustür zu Haustür deutsch-  
9 landweit zu reisen. In einem Handlungsprogramm „Stadtverkehr“ wollen  
10 wir beispielhafte kommunale Initiativen und innovative Modellprojekte für  
11 einen effizienten und umweltfreundlichen ÖPNV ebenso fördern wie kunden-  
12 freundliche Ergänzungsangebote (z.B. überregionales Car-Sharing, Ruf-  
13 und Bürgerbusse).

## 14 15 **3. Güterverkehr umweltfreundlich gestalten**

16 Mit dem Masterplan für Güterverkehr und Logistik existiert eine solide  
17 Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung weit über den  
18 Transportsektor hinaus. Seine konsequente Umsetzung muss das Ziel der  
19 nächsten Jahre sein. Der Güterverkehr muss zudem umweltfreundlicher,  
20 leiser und sauberer werden. Wir treten auch beim Güterverkehr für einen  
21 Vorrang der Schiene vor der Straße ein.

22  
23 Der Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr muss gerade  
24 auch vor dem Hintergrund des prognostizierten Güterverkehrsanstiegs im  
25 Zusammenhang mit den Häfen weiter vorangetrieben werden. Dabei müs-  
26 sen Engpässe abgebaut und angesichts der Lärmbelastung perspektivisch  
27 auch Umgehungsstrecken analog den Vorbildern aus dem Straßenverkehr  
28 geschaffen werden.

## 29 30 **4. Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm**

31 Wir wollen die Lärmbelastung der Bevölkerung entlang von Strassen und  
32 Schienenwegen und im Umfeld von Flughäfen deutlich reduzieren. Grund-  
33 sätzlich sollte der Lärm an der Quelle bekämpft werden. Leisere Straßen-  
34 und Schienenfahrzeuge sowie leisere Flugzeuge sind neben der Vermei-  
35 dung unnötiger Verkehre die wirksamste Methode der Lärmvermeidung  
36 und -verminderung. Hierzu müssen innovative Lösungen entwickelt wer-  
37 den. Dazu werden verschiedene Pilotprojekte wie die Umrüstung auf leise  
38 Güterwagen vorangetrieben. Die Haushaltsmittel des Bundes für Lärmsa-  
39 nierungsmaßnahmen an Straße und Schiene müssen in jedem Fall weiter  
40 erhöht werden.

## 41 42 **5. Mehr Verkehrssicherheit**

43 Wir wollen die Verkehrssicherheit auf unseren Strassen weiter verbessern.  
44 Neben der Fortschreibung des nationalen Verkehrssicherheitsprogramm  
45 muss die verstärkte Nutzung neuer Technologien zur Verbesserung der Si-  
46 cherheit der Verkehrsteilnehmer (eSafety) z. B. durch Fahrerassistenzsysteme  
47 und automatischem elektronischen Notruf (eCall) unser Ziel sein.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47

## **6. Radverkehr mit wachsender Bedeutung**

Das Fahrrad ist ein vollwertiges, gleichberechtigtes Verkehrsmittel, das in den letzten Jahren wieder eine zunehmende Nutzungsakzeptanz erfährt. Dieses wollen wir in der Verkehrspolitik und der Verkehrsplanung besonders berücksichtigen.

## **7. Ausbau der Verkehrsmanagementsysteme zur Stauvermeidung:**

Alle hoch belasteten Autobahnstrecken müssen zeitnah komplett mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ausgerüstet sein, um vorhandene Kapazitäten auf den deutschen Autobahnen zu nutzen und Staus zu vermeiden.

## **8. Aufbau des Satellitennavigationssystems Galileo:**

Mit Galileo und moderner Anwendungstechnologien in der Verkehrssteuerung und Telematik wollen wir die Verkehrsflüsse in Deutschland verbessern und die Kapazitäten optimal nutzen.

## **9. Sicherung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur**

Wir müssen unsere Verkehrsinfrastruktur gezielt anpassen und erhalten. Dazu gehört der Ausbau besonders belasteter Hauptverkehrswege, der Seehafenhinterlandverbindungen und der umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstrasse. Wir werden dazu die Bundesverkehrswegeplanung überprüfen und bedarfsgerecht umsetzen.

Gerade um die zu erwartenden Verkehrszuwächse abzuwickeln, müssen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur für die Strasse, bei der Bahn und zur Anpassung von Binnenwasserstrassen vorgenommen werden. Bei allen Neubauvorhaben sind die Mitwirkungsrechte der betroffenen Bevölkerung in vollem Umfang zu wahren und der Schutz erhaltenswerter Naturräume zu gewährleisten.

See- und Binnenhäfen als wichtige Knotenpunkte zwischen den Verkehrsträgern müssen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

## **10. Einheitliches Schienenverkehrssystem**

Deutschland braucht als Grundversorgung im öffentlichen Verkehr ein Schnellverkehrsnetz im ICE/IC-Standard, das alle Oberzentren und Großstädte zuverlässig miteinander verbindet. Dieses Netz muss mit den regionalen Verkehrsmitteln eng verknüpft werden. Dafür wollen wir einen transparenten, verlässlichen Taktfahrplan für ganz Deutschland. Dieser Schienenverkehr braucht eine moderne, zuverlässige Infrastruktur mit einem leistungsfähigen bundeseigenen Unternehmen.

Ein Sonderprogramm zur Sanierung von Personenbahnhöfen ist für die Attraktivitätssteigerung des Schienenverkehrs unverzichtbar. Wir wollen einen einheitlichen Europäischen Eisenbahnraum schaffen. Um die Bahn grenz-

1 überschreitend konkurrenzfähiger zu machen, gilt es das Verkehrsleitsystem  
2 ETCS (European Train Control System) einzuführen.

3

#### 4 **11. Umweltfreundlicher Seeverkehr**

5 Wir setzen uns mit Nachdruck für eine Reduzierung des Ausstoßes von Luft-  
6 schadstoffen und klimaschädlichen Gasen in der Seeschifffahrt ein. Deshalb  
7 setzen wir uns für international verbindliche Regelungen ein.

8

#### 9 **12. Nachhaltige Entwicklung des deutschen Flughafensystems und des** 10 **europäischen Luftverkehrs**

11 Wir wollen die vorhandenen Flughafenkapazitäten in Deutschland optimie-  
12 ren, emissionsbezogene Landeentgelte ausweiten und den internationalen  
13 Luftverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen. Gerade die Belange  
14 des Umwelt- und Klimaschutzes und die Interessen der Anwohner, insbe-  
15 sondere beim Lärmschutz, müssen bei der nachhaltigen Entwicklung der  
16 deutschen Flughäfen als unverzichtbarer Teil der Verkehrsinfrastruktur be-  
17 rücksichtigt werden. Aus Gründen der Steigerung der Sicherheit und der  
18 Effizienz des Luftverkehrs in Europa ist die Umsetzung eines einheitlichen  
19 europäischen Luftraums, des Single European Sky, unverzichtbar. Dazu  
20 müssen alle Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende, europakon-  
21 formale Flugsicherung geschaffen werden.

22

23

#### 24 **Wissenschaft und Forschung**

25

26 Wissenschaftliche Bildung und Forschung sind Grundlagen für die Entwick-  
27 lung unserer demokratischen Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen Stabi-  
28 lität. Daher werden wir die Quote der Hochschulabsolventen und Hoch-  
29 schulabsolventinnen auf 40% eines Altersjahrgangs erhöhen und den Zu-  
30 gang zu naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen attrakti-  
31 ver gestalten, insbesondere für junge Frauen. Den Hochschulpakt zur Un-  
32 terstützung der Länder werden wir fortführen.

33

34 Wir werden uns für das gebührenfreie Erststudium einsetzen. Die Leistun-  
35 gen aus dem Ausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) sollen regelhaft an die  
36 Inflationsrate angepasst werden und im Rahmen einer umfassenden Re-  
37 form, die auch die neuen Studienstrukturen mit Bachelor- und Masterstu-  
38 dium berücksichtigt, elternunabhängig gewährt werden. Die rechtlichen  
39 Regelungen für ein offizielles Teilzeitstudium werden wir schaffen. Dabei  
40 werden wir Wert darauf legen, dass Teilzeitstudierende keine sozialversi-  
41 cherungsrechtlichen Nachteile gegenüber Vollzeitstudierenden haben wer-  
42 den.

43

44 Unterschiedliche Regelungen zum Hochschulzugang führen zu gravieren-  
45 den Nachteilen für Bildungsinteressierte. Wir werden ein Instrumentarium  
46 für bundesweit einheitliche Regelungen schaffen. Dadurch soll die Gleich-  
47 heit der Bildungschancen gewährt und eine Verbesserung der Rahmenbe-



1 dingungen zur Bekämpfung des Fachkräfte mangels, vor allem durch den  
2 Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ermöglicht werden.

3

4 Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen des Hochschulpakts II das Geld  
5 den Studierenden folgt und dass die Besonderheiten von Flächenländern  
6 wie von Stadtstaaten angemessen berücksichtigt werden.

7

8 An der gemeinsamen Forschungspolitik von Bund und Ländern werden wir  
9 festhalten und sicherstellen, dass die Programmpauschale auch nach 2010  
10 vollständig vom Bund getragen wird. Die mit der Föderalismusreform I ge-  
11 schaffenen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Wissenschafts-  
12 bereich und ihre Wirkungen sind zu überprüfen. Die Zusammenarbeit der  
13 Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit insbe-  
14 sondere kleinen und mittleren Unternehmen soll verstärkt werden. Der  
15 Wissenstransfer von unseren Hochschulen in die Wirtschaft fördert Inno-  
16 vationen und schafft die dringend notwendigen Arbeitsplätze für eine nach-  
17 haltige Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Forschung zu den Auswirkun-  
18 gen technischer und sozialer Innovationen ist Bestandteil dieser Strategie.

19

20 Die eigenständige Projektförderung des Bundes soll erhalten und abgesi-  
21 chert werden. Regionale Kompetenzen beim Ausbau und der Ansiedlung  
22 von Forschungseinrichtungen sollen einen wichtigen Beitrag zum Gelingen  
23 der Projekte leisten und der Wirtschaft den notwendigen Innovationsschub  
24 geben.

25

26 Unser Ziel ist es – analog zu den bisherigen Programmen zur Förderung der  
27 neuen Bundesländer – künftig auch die strukturschwachen alten Bundes-  
28 länder durch geeignete FuE-Förderprogramme zu unterstützen. Die Anreize  
29 zur Kooperation gerade kleiner und mittlerer Unternehmen mit den For-  
30 schungseinrichtungen werden wir stärken, die Förderpolitik transparent  
31 und einfach gestalten. Die Forschungsprämie II für die Zusammenarbeit mit  
32 kleinen und mittleren Unternehmen werden wir fortschreiben. Ideen sind  
33 der wichtigste Impulsgeber für Innovation. Gemeinsam mit der Wirtschaft  
34 werden wir Modelle entwickeln, die über Steuerentlastungen eine zu-  
35 kunftsorientierte Vorlaufforschung ermöglichen.

36

37 Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen stehen im internationalen  
38 Wettbewerb. Um diesen bestehen zu können bedarf es der Förderung  
39 sprachlicher und interkultureller Kompetenz. Durch finanzielle und organi-  
40 satorische Unterstützung international Studierender und Forschender wird  
41 Deutschland als attraktiver Wissenschaftsstandort gestärkt.

42

43

## 1 **Föderalismus**

2

3 Wir setzen uns bei der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für ein  
4 funktionsfähiges System ein, dass die Finanzierung der verfassungsgemä-  
5 ßen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden gewährleistet. Ein neu  
6 geordnetes föderales Finanzsystem muss zukünftig positive Anreize zur  
7 wirtschaftlichen Prosperität aller Länder geben.

8

9 Wir streben eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskraft bei der  
10 Steuerverteilung an – wirtschaftliche Erfolge müssen sich auch fiskalisch  
11 messbar sein.

12

13 Wir halten an der föderalen Vielfalt der Bundesrepublik fest. Bei einer Ver-  
14 änderung der bundesstaatlichen Finanzverteilung sind strukturelle Lasten  
15 einzelner Länder zu berücksichtigen. Das gilt auch für die Stadtstaaten.

16

17 Wir werden ein Gesamtsystem der Prävention und Bewältigung von Haus-  
18 haltsnotlagen entwickeln. Unterstützung und Solidarität von Bund und  
19 Ländern setzen aber voraus, dass die Haushaltsnotlagenländer selbst alle  
20 zumutbaren Eigenanstrengungen erbringen.

21

22 Die Leistungen der Hafenstandorte für die Bundesrepublik Deutschland  
23 wollen wir durch eine nationalstaatliche, in sich geschlossene Hafenpolitik  
24 und angemessene Beteiligung von Bund und Ländern an den damit verbun-  
25 denen Lasten anerkennen.

26

27 Die föderale Struktur begünstigt Besteuerungsdefizite. Kein Land darf sich  
28 aber seiner Verantwortung für den Steuervollzug entziehen. Durch einheit-  
29 liche Regelungen und Vorgaben werden wir mehr Steuergerechtigkeit her-  
30 stellen. Allein durch eine verstärkte Kooperation des Bundes und der Länder  
31 können Mehreinnahmen in Milliardenhöhe realisiert werden.

32

33

## 34 **Eine friedliche und gerechte Welt**

35

36 Wir setzen auf die Überzeugung, dass die Zusammenarbeit das Schlüssel-  
37 wort des neuen Jahrhunderts wird; dass Macht dem Recht untergeordnet  
38 werden muss. Völkerrecht und Menschenrechte sind unteilbar.

39

40 Die Situation in Israel und Palästina ist offensichtlich von einer Lösung weit  
41 entfernt. Wir setzen uns dafür ein, dass sämtliche Möglichkeiten genutzt  
42 werden, um ein friedliches und kooperatives Zusammenleben in der Region  
43 zu ermöglichen. Wir arbeiten daraufhin, dass sich die deutsche Politik nicht  
44 auf einseitige Schuldzuweisungen zurückzieht, sondern eine aktive und  
45 fördernde Rolle in der Vermittlung um einen dauerhaften Frieden über-  
46 nimmt. In diesem Prozess müssen die moderaten und kooperativen Kräfte  
47 auf beiden Seiten und in der Region eingebunden werden. Auch der Iran

1 muss in Verhandlungen über eine langfristige Friedenslösung einbezogen  
2 werden. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen  
3 Volkes und die Schaffung von Strukturen ein, die ein friedliches Leben von  
4 Israelis wie Palästinensern sowie eine nachhaltige zivile Entwicklung er-  
5 möglichen.

6

7 Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter. Deshalb sind finan-  
8 zielle und wirtschaftliche Stabilität, Abwendung der Klimakatastrophe und  
9 die Sicherung der Ökosysteme globale politische Aufgaben. Wir Sozialde-  
10 mokraten wollen unsere Verantwortung für eine solidarische internationale  
11 Gemeinschaft übernehmen. Wir unterstützen daher die Millennium Deve-  
12 lopment Goals (MDG) der Vereinten Nationen. Die Finanzkrise hat gezeigt,  
13 dass wir unsere Forderung nach einem wirksamen ordnungspolitischen  
14 Rahmen für die Finanzmärkte noch deutlicher anstreben müssen.